

ZUSAMMENFASSUNG

Der politische Status quo der nordafrikanischen Staaten wurde durch die Ereignisse des „Arabischen Frühlings“ erschüttert. Durch die Entscheidung, die politischen Systeme in Tunesien, Ägypten und Libyen weiter oder weitestgehend zu öffnen und Parteien und Vereinigungen ungeachtet ihrer Orientierung und Ziele zuzulassen, wurde ein tiefgreifender Veränderungsprozess eingeleitet. Die Auswirkungen sind allerdings schwer einzuschätzen. Eineinhalb Jahre nach dem Ausbruch der Proteste in Tunesien befinden sich somit alle nordafrikanischen Staaten im politischen Umbruch oder, wie Algerien, an der Schwelle zu politischen Veränderungen, die eine Umbruchphase einleiten könnten.

Eine zentrale Rolle spielen seit 2011 all jene Organisationen, Parteien, Vereinigungen und Persönlichkeiten, die sich direkt auf die Religion beziehen und ihr Handeln daraus begründen. Für islamistische Organisationen und Gruppen war die Öffnungspolitik seit 2011 die einmalige Chance, sich politisch und gesellschaftlich neu aufzustellen und die erweiterten Handlungsspielräume zur Durchsetzung ihrer Ziele auszuschöpfen.

Die Möglichkeiten für politisches und gesellschaftliches Engagement sind seit dem „Arabischen Frühling“ in allen Staaten größer geworden. Sie wurden nicht nur von Organisationen und Gruppen mit religiöser Grundlage genutzt; in den meisten Fällen profitierten sie jedoch am meisten von den Freiräumen. Sie erhöhten nicht nur ihre Sichtbarkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen, sondern prägen inzwischen die öffentliche Diskussion und die politische Agenda. In diesem Sinne sind die Vertreter des islamisch-fundamentalistischen Spektrums, also Islamisten, und die Vertreter einer sehr konservativen Islamauslegung mit Überschneidungen und fließenden Übergängen zur islamistischen Variante die gegenwärtigen Hauptprofiteure der Umbrüche in Nordafrika.

Die Islamisten unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich Strategie und Mitteleinsatz, sondern auch bei den öffentlichen Ausführungen zu dem von ihnen angestrebten „islamischen Staat“. Salafisten sprechen überwiegend von einem Kalifat; ihr Ziel ist die umfassende Anwen-

dung des islamischen Rechts, der Scharia, in einer fundamentalistischen, wörtlichen Interpretation.

Seit 2011 dominieren zwei Strategien: Der Weg durch die Institutionen und der Weg zur Macht durch gesellschaftlichen Wandel. Festzustellen ist aber, dass es auch im Rahmen dieser Strategien immer wieder zu gewaltsamem Vorgehen kommt, in das auch legale islamistische Parteien und Vereinigungen verwickelt sind. So wird von ihnen zum Teil erheblicher sozialer Druck ausgeübt, begleitet von aggressivem, einschüchterndem Auftreten, um z. B. die eigenen Wert- und Moralvorstellungen umzusetzen; es gibt Gewalt in Form von tätlichen Angriffen auf Andersdenkende und Angriffe auf materielle Güter, die symbolisch für „Unislamisches“ stehen.

Die islamistischen Organisationen, die nach dem „Arabischen Frühling“ in Nordafrika die Chance sahen, den öffentlichen und politischen Raum zu besetzen, müssen gegenüber der Öffentlichkeit, die sie als Partei oder Vereinigung für sich einnehmen wollen, ihre Positionen zur angestrebten politischen und gesellschaftlichen Ordnung erläutern. Die meisten Verlautbarungen sind plakativ, sie vermeiden präzise Ausführungen. Allerdings taucht eine Standardformel immer wieder bei allen Organisationen auf, wenn es um Demokratie, Freiheiten und Rechte geht: Sie werden „im Rahmen des islamischen Rechts“ gewährt.

Alle legalen islamistischen Parteien distanzieren sich zwar von Gewalt; die Verurteilung von islamistischen Gewaltakten und von Aufrufen zur Gewalt ist jedoch nicht konsequent und erfolgt oft zögerlich. Teilweise wird die Anwendung von Gewalt auch entschuldigt („fehlgeleitete“ junge Menschen) oder es werden pauschal die Gewaltakte dem innenpolitischen Gegner, vornehmlich aus den Reihen des alten Regimes, unterstellt.

Die islamistischen Gewaltakte stehen in engem Zusammenhang mit Maßnahmen zur Moralisierung der Gesellschaft, insbesondere der Frauen, Maßnahmen zur Regelung der Geschlechterbeziehungen, zur Durchsetzung der Bekleidungs Vorschriften, aber auch zur Beschneidung von Freiheiten für Medien, für Kunstschaffende, für die universitäre Lehre und Forschung. Ziel ist jeweils die Unterwerfung unter Vorstellungen der jeweiligen islamistischen Organisation vom richtigen islamischen Verhalten und den „richtigen“ Inhalten.

Die freiheitlichere Ordnung, wie sie im Zusammenhang mit den Protesten des „Arabischen Frühlings“ 2011 von vielen (nichtislamistischen) Demonstranten, die maßgeblich an der Durchführung der Proteste beteiligt waren, gefordert wurde, wird von Islamisten nicht unterstützt: Freiheiten, Rechte, Werte, moralisch-sittliche Aspekte des Zusammenlebens werden ausschließlich im Rahmen der arabisch-islamischen Identität, der islamischen Gemeinde (Umma), des islamischen Staates und des islamischen Rechts definiert. Beispielhaft formulierte dies der tunesische Ennahda-Parteipräsident Rachid Ghannouchi: „Der islamische Staat ist der Rechtsstaat par excellence, das heißt, die Autorität der Scharia steht über der des Staates.“ Innergesellschaftliche Konflikte sind damit in allen Staaten vorgeprogrammiert. Sie werden umso gewaltsamer ausfallen, je stärker sich islamistische Positionen durchsetzen und Islamisten politisch wie gesellschaftlich der Gesamtbevölkerung ihre Einheitsvision aufzwingen wollen. Denn trotz einer breiten konservativen religiösen Strömung in den nordafrikanischen Staaten sind die Gesellschaften sprachlich, kulturell, religiös und weltanschauungsmäßig nicht homogen. Es gibt durchaus zahlreiche Verfechter nichtautoritärer Ordnungskonzepte, die sich jedoch bislang nicht zur gemeinsamen politischen Aktion zusammenschlossen. Sie haben es zudem auf gesellschaftlicher Ebene schwer, ihre Ideen und Konzepte gegen die Konkurrenz der religiös-argumentierenden Organisationen durchzusetzen. Die Versuche der Islamisten, die Medien unter ihre Kontrolle zu bringen, werden – wenn ihnen dies gelingt – die Verbreitung ihrer Ideen zusätzlich behindern.

Mit dem islamistischen Konzept ist keine freiheitlichere Ordnung realisierbar. Es gilt aber auch, dass ohne Einbeziehung der Islamisten seit der Öffnungs- und Reformpolitik 2011 in keinem Staat Nordafrikas politisches Handeln möglich ist. Ein Konflikt zwischen denen, die mehr Freiheit wollen und denen, die ein neues, diesmal religiös-begründetes autoritäres System errichten wollen, ist absehbar. Der Verlauf und der Ausgang des Konflikts wird wesentlich dadurch mitbestimmt, ob sich eine einflussreiche Gegenbewegung mit Rückhalt in der Bevölkerung formiert und ob es gelingt, Kontrollinstanzen durchzusetzen, um eine Verschärfung autoritärer Tendenzen und eine Beschneidung von bereits erzielten Freiheiten und Rechten zu verhindern. Solche Auseinandersetzungen werden von Land zu Land unterschiedlich ausfallen.